

Lauterbachs WHO-Posten: Politisches Versagen oder neue Chancen?

Gerald Hauser kritisiert Karl Lauterbachs Ernennung bei der WHO für seine Pandemie-Politik und den Umgang mit Gesundheitsfragen.



Deutschland - Am 11. Juni 2025 wurde die Ernennung von Karl Lauterbach zum Sonderbeauftragten für Klimawandel bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO) scharf kritisiert. Gerald Hauser, EU-Abgeordneter der FPÖ, äußerte sich zu dieser Entscheidung und bezeichnete Lauterbach als eine „polarisierende Person“. Er merkte an, dass die WHO das Thema Klimawandel möglicherweise instrumentalisieren, um einen Gesundheitsnotstand ähnlich der COVID-19-Pandemie vorzubereiten. Hauser warf Lauterbach und der Ampel-Koalition vor, gescheiterte Politiker in internationale Ämter zu berufen, und verwies auf die Entlassung eines Impf-Expertengremiums in den USA durch Gesundheitsminister Kennedy.

In der Debatte um Lauterbachs Rolle während der COVID-19-Pandemie thematisierte Hauser auch die irreführenden Informationen, die Lauterbach über die Impfungen verbreitet habe. Besondere Kritik gab es an dessen Behauptung, dass die Schließungen von Schulen nicht zu einer Zunahme psychischer Störungen bei Kindern geführt hätten. Hauser stellte fest, dass Lauterbach keine Expertise im Bereich Klimawandel oder Umweltpolitik besitze und sah die Ernennung als Indiz dafür, dass politische Ideologie und Einflussnahme wichtiger seien als fachliche Qualifikationen.

Erinnerungen an die Pandemie

Die Reaktionen auf Lauterbachs Ernennung werfen auch einen Blick zurück auf die Herausforderungen der COVID-19-Pandemie. Ein Mann berichtete über die unmenschlichen Bedingungen, die zum Teil beim Sterben in Pflegeeinrichtungen herrschten. Von den hohen Sterblichkeiten in diesen Einrichtungen zu Beginn der Pandemie wurde ebenso berichtet, wobei Deutschland in der ersten Welle vergleichsweise weniger Todesfälle aufwies als viele andere europäische Länder. Die drastischen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus wurden als zweiseitig charakterisiert: Sie schützten vor hohen Sterblichkeiten, führten jedoch zu erheblichem Leid für die betroffenen Menschen.

Die Erfahrungen während der Pandemie lassen sich auch in den Kontext des internationalen Pandemieabkommens einordnen. Dieses Abkommen soll zukünftig Regelungen zur Pandemieprävention, -vorsorge und -reaktion festlegen. Ziel ist es, einen Handlungsleitfaden für die Mitgliedstaaten zu entwickeln, um rezessive Kapazitäten zur Früherkennung und Prävention zu stärken. Die Treffen der Mitgliedstaaten werden vom WHO-Sekretariat unterstützt, wobei die Inhalte ausschließlich von den Ländern selbst bestimmt werden.

Blicke in die Zukunft

Für das internationale Pandemieabkommen ist es entscheidend,

dass kollektive Maßnahmen zur Bekämpfung von Pandemien rechtsverbindlich festgelegt werden – ein Schritt, der auch von Deutschland und anderen Mitgliedstaaten intensiv diskutiert wird. Der politische Wille der internationalen Gemeinschaft ist dabei von größter Bedeutung, um gemeinsam gegen zukünftige Pandemien vorbereitet zu sein. Die gegenwärtigen Entwicklungen, wie Lauterbachs neue Ernennung, werfen dabei Fragen auf, ob die politischen Prioritäten im richtigen Verhältnis zu den erforderlichen Fachkenntnissen stehen.

Details	
Vorfall	Gesundheitskrise
Ort	Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www1.wdr.de• www.bundesgesundheitsministerium.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at